



dbb Hessen

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen

Pressemitteilung

25.08.2010

Der dbb Hessen Beamtenbund und Tarifunion lehnt beabsichtigte Erhöhung der Altersgrenzen ab +++ Weniger Chancen für Nachwuchs

Wiesbaden 25.08.2010 - Der dbb, beamtenbund und tarifunion, Landesbund Hessen (dbb Hessen) wird morgen im Hessischen Landtag zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz Stellung nehmen. Wie der dbb-Landesvorsitzende Walter Spieß hierzu sagte, lehnt der dbb Hessen in seinen Ausführungen die beabsichtigte Erhöhung der Altergrenzen ab.

Der dbb Hessen sehe, dass sich der Altersdurchschnitt der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Hessens weiter erhöhe. „Es droht „Vergreisung“, weil die Personalauffrischung durch Personalabbau und durch längeres Verbleiben im aktiven Dienst nicht greifen kann. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf den Krankenstand im öffentlichen Dienst bleiben,“ prognostiziert Spieß. Er verweist auf zunehmende psychische und physische Belastungen der Beschäftigten. Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen im Vollzugsdienst und Lehrerbereich hätten in letzter Zeit erneut den Nachweis der viel zu großen Belastung und der zu hohen Arbeitszeit geführt.

Der Hinweis der Politik auf vergleichbare rentenrechtliche Regelungen bei der Anhebung der Altersgrenzen und ein hieraus abgeleiteter Gerechtigkeitsverweis kann nach der Auffassung des dbb Hessen nicht überzeugen. Die für Herbst 2010 auf Bundesebene vorgesehene Evaluierung der Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre stehe noch aus. Über die Heraufsetzung des allgemeinen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre sei eine neue gesellschaftliche Diskussion entbrannt, deren Ergebnis zunächst abgewartet werden sollte.

Zudem ist nach Auffassung des dbb Hessen die Anhebung der Lebensarbeitszeit für die hessischen Beamtinnen und Beamten nicht mit Gleichbehandlungsargumenten begründbar.

Die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten und des Tarifbereichs klafften weiterhin auseinander. Spieß kündigte an, dass ohne einen konkreten Zeitplan zur Einführung der 40-Stunden-Woche im Beamtenbereich Hessens keine Ruhe an der „Arbeitszeitfront“ einkehren werde.

Hinweis für die Redaktion:

In der Anlage finden Sie die ausführliche Stellungnahme des dbb Hessen zum Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (DRModG).

Verantwortlich: dbb beamtenbund und tarifunion, Landesbund Hessen
Landesgeschäftsstelle
Landesvorsitzender Walter Spieß
Eschersheimer Landstraße 162
60322 Frankfurt
Tel. 069 - 281780

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse